

Dr. Thomas Röbbke

Engagementpolitische Anmerkungen in spannenden Zeiten des Übergangs.

Rede zum Jahresempfang des BBE am 23.11.2017 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, liebe Frau Raab, liebe Freunde des BBE,

vielen Dank für Ihre Gastfreundschaft. Wir wissen das Engagement und die Unterstützung durch das Land Rheinland-Pfalz sehr zu schätzen, nicht nur wegen des leckeren Weines, auf den wir uns alle freuen, wenn ich mit meiner Rede fertig bin.

Wir hatten ja Frau Dreyer in ihrem Amt als Präsidentin des Bundesrates zur Eröffnung der BBE Aktionswoche zu Gast, und sie war, wie ungewöhnlich für den Politikbetrieb, die gesamte Veranstaltung anwesend, ist mit vielen Menschen persönlich und intensiv ins Gespräch gekommen. Man merkte, dass ihr das Bürgerschaftliche Engagement eine Herzensangelegenheit ist. Und unser Freund Birger Hartnuss, der hier in der Doppelfunktion des Staatskanzlisten und BBE-Sprecherratsmitglieds ist – und sein Vorgänger Frank Heuberger – gibt dazu natürlich das passende Backoffice ab. Also kein Wunder, dass Rheinland-Pfalz bei den Engagementquoten des Freiwilligensurveys führend ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nein ich fange nicht mit Jamaika an, aber ich werde darauf zurückkommen.

Ich will mit dem Bürgerschaftlichen Engagement beginnen: Es gibt Momente des Staunens über das, was Bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft ausmacht, selbst bei Menschen wie mir, die doch schon viele unvergessliche Erlebnisse und viele beeindruckende Begegnungen mit Bürgerschaftlich engagierten Menschen hatten.

Vor kurzem schaffte es eine ehrenamtliche Initiative auf Seite 1 der ZEIT. Gemeint ist der Krefelder Entomologenverein. Bei seinen mittlerweile auch wissenschaftlich verbrieften verlässlichen Erhebungen zwischen 1989 und 2016 hat er einen Rückgang von 76 Prozent der Fluginsekten-Biomasse festgestellt.

Sicher: Der Anlass und der Befund sind alarmierend und zeigen uns, was wir mit unserer Lebensweise in der Natur anrichten. Aber ich will hier auf etwas anderes hinaus. Eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Erkenntnis der Insektenforschung der letzten Jahrzehnte wurde von Ehrenamtlichen und nicht dieser Vielzahl an universitären Instituten oder Forschungslabors der großen Konzerne erbracht. Warum: Vielleicht weil es nicht um kurzatmiges Nachjagen nach Forschungsgeldern für zeitlich begrenzte Projekte ging oder um kom-

merzielle Verwertbarkeit der Ergebnisse? Sondern um einen Spürsinn, aber auch um eine wissenschaftliche Expertise, mit der es die Hobbyentomologen sogar in die angesehenen wissenschaftlichen Zeitschriften gebracht haben. Das Beispiel lehrt uns auch. Hauptamt und Ehrenamt ist nicht gleichbedeutend mit Professionalität und Laintum. Und Bürgerschaftliches Engagement kann viel hartnäckiger sein als die von begrenzten Projektzeiträumen und volatilen Marktstrukturen abhängigen Einrichtungen.

Ein zweites Beispiel: In diesem Jahr hat das BBE viele fruchtbare Gespräche mit Wikimedia geführt. Auch dies ein grandioses Engagement: Die größte Enzyklopädie der Menschheitsgeschichte wurde von Ehrenamtlichen zusammengetragen und nicht von den Häusern Brockhaus oder Meyer. Und Hand aufs Herz: Welcher Wissenschaftler hat sich daraus noch nie bedient.

Und eine letzte Begegnung, die mir in diesem Jahr unvergesslich bleiben wird. Die vielen neuen Initiativen der Zero-Waste Bewegung, von den lokalen Coffee-to-go-again-Initiativen über die Netzwerke der urbanen Gärten, der Repaircafes und freien Werkstätten bis zu den Foodsharing-Gruppen. Der bundesweit tätige Foodsharing e.V. hat binnen weniger Jahre über 200.000 registrierte NutzerInnen in Deutschland/Österreich/Schweiz und über 25.000 Freiwillige versammelt. Es kooperieren über 3.000 Betriebe, bei denen bisher schon 7,8 Millionen Kilogramm Lebensmittel vor der Verschwendung bewahrt worden sind.

Das hat auch etwas in meiner eigenen Lebensführung bewirkt. Ich trage jetzt in meinem Rucksack auf Reisen immer einen nachfüllbaren Becher und glauben Sie mir: Der Kaffee schmeckt besser und das Gefühl beim Trinken ist von schlechtem Gewissen ungetrübt.

Und nun zu Jamaika:

In der Nacht, als die Sondierungsgespräche platzten, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dies sei ein Tag mindestens des tiefen Nachdenkens. Ich meine: Es sollte, auch in dem schnelllebigen Politikgeschäft und Medienrummel nicht bei einem Tag bleiben, denn wir merken alle, dass sich in der politisch demokratischen Tektur unseres Landes irgendwas Grundsätzliches verschoben hat. Wolfgang Kubicki sagte kurz nach der Kanzlerin in diesen sich überstürzenden Kommentierungen, die folgten: Es sei nicht gelungen, eine gemeinsame Erzählung für das Jamaika-Bündnis zu finden. Die Rede von den Narrativen ist also in der Politik angekommen. Was Kubicki, altmodischer ausgedrückt, sagt: Es scheint kein Fundament des gemeinsamen Handelns, der Werte, des Verständnisses staatspolitischer Verantwortung und des menschlichen Vertrauens möglich gewesen zu sein.

Das ist nicht nur eine Krise der Parteien, sondern scheint auch die Fundamente der Demokratie unseres Gemeinwesens zu berühren. Die Fliehkräfte der durch den Markt vorangetriebenen Individualisierung scheinen die Anstrengungen, Brücken zu schlagen, Gemeinsamkeiten auszubilden, Vertrauen zwischen Menschen zu finden, auf denen tragfähige Kompromisse zwischen unterschiedlichen Weltanschauungen aufbauen können, ad absurdum zu führen. Insofern muss es im Sinne des Merkelschen tiefen Nachdenkens darum gehen, die

Wertefundamente und das grundsätzliche Verständnis von menschlicher Gemeinschaft und Gesellschaft auf denen die politische Parteienlandschaft seit dem 19. Jahrhundert aufruft, wieder freizulegen, sich neu zu versichern.

Ein Konservatismus, der vielleicht von Edmund Burke seinen theoretischen Ausgang nimmt, wird in den Blick nehmen müssen, dass Gemeinschaftsbildung einer der wesentlichen und vorzüglichsten Herausforderungen politischen Handelns sein muss, gegen die Vereinzelung, die das moderne Leben mit sich bringt. Ein Liberalismus, der sich auf John Stuart Mill beruft, darf sich nicht nur auf die Eigenkräfte des Individuums zur Durchsetzung seines eigenen Nutzens berufen, sondern einsehen, dass jeder eigene Nutzen auch von den guten Lebensbedingungen der anderen abhängt. Wahrer Liberalismus ist also im Kern sozial. Eine Sozialdemokratie, die sich auf die Werte der Solidarität aus der Geschichte der Arbeiterbewegung beruft, muss wissen, dass diese Solidarität im Alltag mit Leben zu füllen ist, was nicht an die staatlichen Sicherungssysteme und Krankenkassen delegiert werden kann, sondern die genuine Aufgabe der Zivilgesellschaft ist und bleibt. Eine vergleichsweise junge Partei wie die Grünen muss wissen, dass die mit den Sozialen Bewegungen verbundene politische Emanzipation nur so gut ist, wie sie nicht auf einem Kreis der Eliten beschränkt bleibt, sondern die gesamte Gesellschaft erfassen muss.

Wenn man sich diese grundsätzlichen Werte durch den Kopf gehen lässt, dann versteht man zweierlei: Sie politisch zu realisieren ist nicht Sache einiger ausgeklügelter Parteiprogramme oder politischer Zirkel, sondern muss das Band sein, das die gesamte Gesellschaft als Selbstverständnis durchdringen muss. Wenn es also so etwas wie Leitkultur gibt, dann sollte man sie hier suchen. Und zweitens: Wenn man sich die Hauptbegriffe dieses politischen Verständnisses vor Augen führt: Die Stärkung der Eigenkräfte der Gemeinschaft, die Solidarität und Selbstorganisation der Benachteiligten, den Eigensinn des Individuums, die Innovationskraft Sozialer Bewegungen, so sind diese Werte ja nicht unvereinbar, sondern ergänzen sich durchaus.

Susanne Lang hat sich der nicht gerade vergnügungssteuerpflichtigen, aber sehr verdienstvollen Aufgabe unterzogen, die Wahlprogramme aller Parteien, das waren 726 Seiten, danach zu durchsuchen und zu interpretieren, was über Engagementpolitik ausgesagt wird.

Im Wahlprogramm der SPD steht beispielsweise: „Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Die Bereitschaft dafür ist hoch. Das zeigt auch der Einsatz vieler tausend freiwilliger Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe“ (S. 79).

Bei der CDU heißt es: „Ehrenamtliches Engagement, die Bereitschaft, sich für Andere und für die Gemeinschaft einzusetzen, sind in Deutschland besonders ausgeprägt. Sie sind vielleicht der wertvollste und wichtigste Teil unserer Leitkultur. Dies wollen wir auch jenen vermitteln, die nicht damit aufgewachsen sind“.

Bei Bündnis 90 / Die Grünen steht: „Millionen Menschen mischen mit und bringen sich ein. Sie tragen im Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt: Es reicht von der Feuerwehr bis zur Geflüchteten- und Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis zum Engagement in Kirche, Synagoge und Moschee. Es erstreckt sich vom Einsatz für Umwelt, Menschenrechte bis zum Kampf für globale Gerechtigkeit. [...] Manchmal ist Engagement auch unbequem und stellt kritische Fragen, aber es zeugt von einer lebendigen und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft“ (S. 149f.).

Bei der FDP finden wir: „Für uns Freie Demokraten lebt die liberale Demokratie von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die mitbestimmen können. [...] Unsere Republik braucht engagierte und mutige Bürger, die jenseits der Teilnahme an Wahlen Verantwortung übernehmen. Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform, indem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie auf kommunaler und Landesebene unterstützen“ (S. 96).

Die Linken schreiben: „Demokratie lebt von der kritischen und mitgestaltenden Beteiligung aller. [...] Bei der Aufnahme und Betreuung der Geflüchteten im Jahre 2015 hat ehrenamtliches Engagement das Versagen des Staates aufgefangen. Freiwilliges Engagement darf nirgendwo für den Ersatz öffentlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge missbraucht werden. Wir wollen die Bedingungen für freiwilliges Engagement so verbessern, dass alle Menschen, die hier leben, sich beteiligen können“ (S. 112).

Das passt doch alles ganz gut zusammen. Warum also dann diese enormen Fliehkräfte in der politischen Auseinandersetzung? Sie werden sagen: „Ja, weil die Engagementpolitik so gut wie keine Rolle spielt.“ „Ja, weil diese allgemeinen Sätze nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Teufel doch meist im Detail steckt.“ Auch wenn man sich im Großen und Ganzen einig ist, geht es dann doch um Zahlen: 7 oder 8 Gigatonnen CO₂ aus Kohle einsparen oder 200.000 Obergrenze für Flüchtlinge usw. und das dann auch noch zusammen verrechnen!

Wir müssen uns eingestehen: Die Engagementpolitik hat in den Jamaikaverhandlungen so gut wie keine Rolle gespielt, obwohl sie doch ein Feld gewesen wäre, wo man zu Gemeinsamkeiten hätte kommen können. Der letzte Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Bundestages war doch derart harmonisch, dass gar keine Parteigrenzen mehr erkennbar waren.

Das, was aus den Jamaika-Verhandlungen über Engagementpolitik durchsickerte, war äußerst spärlich und diffus. Die Stärkung der Freiwilligendienste, vielleicht doch eine Engagement-Stiftung des Bundes? Eine bundesweite Ehrenamtskarte, notabene, wo so was alle Bundesländer doch schon haben? Wer kam denn auf diese Schnapsidee. Und das war es dann.

Bei den großen Themen war das Bürgerschaftliche Engagement kein erwähnenswerter Punkt: Integration, Flüchtlingspolitik, Wohnbau, Bildung, demografischer Wandel, Klima. Fehlanzeige! Und dabei wäre es doch gerade hier spannend gewesen zu eruieren, was in diesen großen Politikfeldern Bürgerschaftliches Engagement zu leisten imstande wäre, wenn sich die Rahmenbedingungen und die Unterstützungsmöglichkeiten bessern würden.

Stichwort Flüchtlingspolitik. Wie wurden die Ehrenamtlichen durch die Politik seit dem Herbst 2015 hofiert: Ohne sie wäre eine gute Willkommenskultur nicht möglich gewesen. Nun, bei den anstehenden Aufgaben der Integration kein Wort. Das sehr erfolgreiche Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“, keiner Erwähnung wert? Man kann hoffen, dass es weitergeführt wird.

Engagementpolitik ist Gesellschaftspolitik, das ist unsere Überzeugung im BBE. Das heißt für uns: Engagementpolitik muss bei den großen Themen als unverzichtbares Element immer mitgedacht werden.

Aus dieser Überzeugung heraus hat das BBE Empfehlungen für die kommende Regierung formuliert. Sie kennen sie wahrscheinlich schon. Ich will auf einige kurz zu sprechen kommen. Und was mir dabei besonders wichtig ist: Diese Themen, so meine ich als unerschütterlicher Optimist, werden immer wichtiger, weil viele Trends der gesellschaftlichen Entwicklung, aber auch der Veränderung der Institutionen genau in ihre Richtung weisen. Dadurch entstehen Synergien, die meines Erachtens über den Rahmen von Koalitionsverhandlungen Bestand haben werden.

Dennoch kommt das nicht von selbst: Die Agenda von Bürgergesellschaft und Demokratie bedeutet das Bohren dicker Bretter und geht weit über Wahltermine hinaus.

Bildung

Das Thema Bildung für/durch Engagement nimmt Fahrt auf. Beispielsweise verändert sich die Hochschullandschaft. Das Selbstverständnis von Hochschulen wandelt sich vom Wissenslieferanten für die Zivilgesellschaft zu einer *third mission*, etwa wie Hochschulen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrem Umfeld kooperieren. Auch der Schulbereich ist in Bewegung gekommen mit der Umstellung des Bildungsbegriffs auf Kompetenzen und mehr Projektorientierung. Das Lernfeld Schule öffnet sich in Bildungsregionen, zu denen auch zivilgesellschaftliche Partner gehören; Lehrpläne werden umgearbeitet – eine evolutionäre Entwicklung, die nicht primär an Wahltermine gebunden ist.

Demokratie und Engagement

Die Forderung nach einer Demokratie-Enquete des Bundestages ist nach wie vor richtig. Auch Positionierungen zu Bürger- bzw. Volksentscheiden entwickeln sich weiter. Uns im BBE geht es darum, die Debatten um direkte Demokratie für oder gegen Bürgerentscheide – die auch Gefahren bergen – siehe Brexit oder den Streit um Katalonien – um das Thema deliberative Demokratie zu erweitern. Es kann nicht einfach um Ja/Nein-Stellungnahmen gehen, sondern um die verständliche, bürgernahe Organisation komplexer Diskurse in einer demo-

kratischen Öffentlichkeit. Dabei müssen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, wie die Verbindungen aus den vielfältigen Bezügen des Bürgerschaftlichen Engagements im Alltag, also: in den Vereinen, Kirchengemeinden, sozialen Einrichtungen usw. sich in Beteiligung und politische Stellungnahme transformiert. An vielen ehrenamtlichen Flüchtlingshelferkreisen hat man sehen können, wie aus unmittelbarer Hilfe politische Einmischung wird, und das ist nur zu begrüßen.

Nachhaltige Lebensstile

Wie und wann setzt sich das Wissen in Verhaltensänderung um? Umweltorganisationen gehören nicht nur ins bürgerschaftliche Engagement, sondern auch in die Umweltpolitik. Diese wiederum sollte sich nicht auf Grenzwerte und Messung von Schadstoffemissionen beschränken, sondern sich auch mit Fragen von Lebensstilen und Verhaltensänderungen befassen. Und hier ist vieles Neue und Mut-machende entstanden, ich habe die Zero-Waste Initiativen beispielhaft benannt. Die haben enormen Zulauf, vor allem von jungen Menschen. Aber sie müssen nun auch nachhaltige und verlässliche Strukturen aufbauen und dazu brauchen sie die Unterstützung der Politik.

Sozialraum

Die Entwicklung von ländlichen Räumen und Stadtteilen muss viel stärker noch als bisher mit dem Thema bürgerschaftliches Engagement verknüpft werden. In die politische Schwerpunktsetzung auf Wohnungsbau gehört das Thema Nachbarschaftsentwicklung und Gemeinschaftsentwicklung im Sozialraum unbedingt hinein. Ein separierter Engagementdiskurs im Umfeld des Engagementministeriums BMFSFJ greift ebenso zu kurz wie eine Reduzierung des Bauministeriums auf die Hardware von Ton-Steine-Erden. Aber hier könnte es zu viel besseren Kooperationen zwischen den Ministerien kommen. Für die Zukunft gilt es Sorge zu tragen, dass sowohl die Entwicklung ländlicher Räume als auch Politiken zu Wohnungsbau und Quartiersentwicklung mit dem Engagementdiskurs verknüpft werden.

Infrastrukturförderung

Das alles läuft auch darauf hinaus – ein Dauerbrenner des BBE – dass wir die Strukturen des Bürgerschaftlichen Engagements, die Plattformen, die Räume, die Verteilerstationen usw. dauerhaft fördern. Das geht unserer Meinung nach am besten durch ein konzertiertes Vorgehen von Bund, Land und Kommunen. Das Thema Infrastrukturförderung steht seit rund 10-15 Jahren auf der Agenda, gewinnt aber inzwischen neue Dynamik und auch neue Konturen. Geht es doch nicht allein um die sogenannten Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen usw., sondern auch um Vereins- und Verbandsstrukturen, um ein breites Spektrum von Organisationen also, in dem es durchaus unterschiedliche Konzepte von Förderung gibt. Ich persönlich finde eine Bundesengagementstiftung durchaus als ein überlegenswertes Element, aber das wird nicht reichen. Wir brauchen eine Aufhebung des Kooperationsverbotes an dieser Stelle.

Das sind nur einige Punkte aus unseren Empfehlungen, die wir Ihnen sehr ans Herz legen wollen. Nicht nur, sie zu lesen, sondern sie auch in die politischen und zivilgesellschaftlichen Arenen weiter zu tragen, in denen Sie unterwegs sind. Denn es geht um eine gemeinsame Grundlage des Diskurses und Verständnisses von Zivilgesellschaft. Auch politisch wird das eine der wesentlichen Herausforderungen sein, die Querschnittsorientierung der Engagementpolitik deutlich zu machen. Wenn nun sich in der Bundespolitik überall das bürgerschaftliche Engagement regt – im Städtebau, der ländlichen Entwicklung, in der Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik, in der Bildungs- und Integrationspolitik – dann muss es auch um ein gemeinsames politisches Verständnis der Fachressorts gehen, um eine bessere Verzahnung der Strategien und Programme.

Aber es geht nicht nur um die Ausbildung eines gemeinsamen engagementpolitischen Verständnisses. Denn auch dies ist wichtig: Falsche Vorstellungen zur Bürgergesellschaft als solche zu benennen und offensiv zu diskutieren. Sie haben sich sicher gefragt, warum ich das Wahlprogramm der AfD bislang nicht erwähnte. Hier ein O-Ton: Multikulturalismus führe, so heißt es bei der AfD, zur „Funktionsunfähigkeit von Staaten“. „Die Zivilgesellschaften funktionierender Staaten sind daher aufgerufen, ihre Kulturen zu schützen und eigenständig weiterzuentwickeln“ (S. 47).

Es *muss* eine politische Auseinandersetzung mit der AfD anhand der großen, philosophischen und gesellschaftspolitischen Linien geben, die unser Verständnis von Bürgergesellschaft ausmachen: Dazu gehört Offenheit und Demokratie. Konkrete Gefahr droht meines Erachtens dadurch, dass die AfD-Fraktion im Bundestag vermutlich schnell, wie in Länderparlamenten vorexerziert, Programme wie „Demokratie Leben“ aufs Korn nehmen und versuchen wird, Förderansätze und Träger zu diskreditieren. Allgemein wiederum gilt es, den Gemeinschaftsbegriff gegen eine Vereinnahmung durch den Rechtspopulismus in Schutz zu nehmen, damit nicht eine ethnische Grundierung hin zu verhängnisvollen Konzepten der Volksgemeinschaft führt. Der Gemeinschaftsbegriff lässt es leider zu, für geschlossene Gruppen von Biodeutschen, die ihr Dorf organisieren und gegen alle „Fremden“ verteidigen, missbraucht zu werden, und damit Rassismus hoffähig zu machen und Engagement für rechtspopulistische Positionen zu vereinnahmen. Dem müssen wir mit einer kulturell offenen Gemeinschaftsvorstellung entschieden entgegentreten.

Lassen Sie mich mit einem Ausblick schließen. Wie immer auch es nach dem Abbruch der Koalitionsverhandlungen im Bund weitergehen wird. In 2019 werden wir in Europa wählen. Das BBE wird morgen ein Papier zur weiteren Stärkung der Engagementpolitik in der Europäischen Union diskutieren, das deutlich machen will: Wir müssen wieder stärker vom Europa der Bürgerinnen und Bürger sprechen, und diesen Diskurs zum Ansatzpunkt politischer Reformen der europäischen Gemeinschaft nehmen. Vielen, denen Europa am Herzen liegt, sehen das ganz genauso wie wir, und das macht Hoffnung.

Papst Franziskus hat in seiner sehr lesenswerte fünften Rede zu Europa vor kurzem gesagt: „Person und Gemeinschaft sind die Fundamente des Europas, zu dessen Aufbau wir als

Christen beitragen wollen und können. Die Mauersteine dieses Baus heißen: Dialog, Inklusion, Solidarität, Entwicklung und Frieden.“ (28.10.2017 Rede zu Europa)

Was kann es Schöneres geben, als nach einem so richtigen wie versöhnlichen Papstwort zu den weltlichen Genüssen fortzuschreiten. Daher nun zu den schon angekündigten Pfälzer Weinen. Denn wir wissen ja aus dem Freiwilligensurvey, wie wichtig das Zusammenkommen mit netten Menschen für die Motivation im Bürgerschaftlichen Engagement ist.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Autor

Dr. Thomas Röbbke ist geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e. V. und Vorsitzender des BBE-SprecherInnenrates.

Kontakt: roebke@lbe-bayern.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de